Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Breckerfeld, Dahlerbrück, Schalksmühle, Brügge, Oberbrügge, Lüdenscheid, Bollwerk, Volme, Kierspe-Bahnhof, Kierspe, Rönsahl, Meinerzhagen, Valbert, Mühlhofe, Kupferberg, Kreuzberg, Radevormwald usw.

Redaktion, Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westfalen. □ Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 289 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt Mark 2.—, durch die Boten Mark 2.25, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht Mark 2,42 | Halver, Montag, den 10. Dezember | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren — Illustrierte wöchentliche Beilage „Neue Lesehalle" | 1917

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

7. Dezember. In Flandern stärkere Feuertätigkeit. Bei La Vacquerie wird der vorübergehend in unsere Stellungen eingedrungene Feind zurückgeworfen. — An der italienischen Gebirgsfront Erstürmung des Monte Sisemol. Die Zahl der Gefangenen erhöht sich auf 15000. — Auf dem östlichen Kriegsschauplatz finden Kommissionssitzungen der zu den Waffenstillstandsverhandlungen entsandten Abordnungen statt.

Das Vertrauen der Krone.

[Am Wochenschluß.]

Der neue Geist hebt an, sich auszuwirken. Nach der Umbildung der Regierung im Reiche und in Preußen haben in dieser Woche drüben die Parteien sich auf einen neuen Burgfrieden eingestellt und herüben soll eben der Kreuzweg passiert werden, an der von der Straße der hergebrachten Überlieferung mit den vielleicht bequemen aber ausgefahrenen Geleisen die neue Bahn abzweigt. Noch ist der Ausblick nicht ungetrübt und von durchscheinender Klarheit, noch gehen die Meinungen über Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit neuen Kurses auseinander. Dem einen dünket der neue Weg bergan zu steigen, dem Auge des andern erscheint er als schiefe Ebene mit dem Abstieg ins ungewisse. Die letzten Fragen, die diese Lage aufwirft, die Lösung der letzten Zweifel kann erst der schließliche Erfolg bringen. Aber es kann nicht mehr an dem sein, daß eine Politik des Zögerns und Zuwartens, der fatalistischen Beschaulichkeit vor der Verantwortung zurückschrecke, grundsätzliche Entschließungen deshalb zu vertagen, weil in der Rechnung neben festen und greifbaren Dingen auch unmeßbare Erwägungen, Gefühls- und Stimmungsmomente mitspielen. Der Zeitpunkt ist gekommen, Farbe zu bekennen, bindende Entschlüsse zu fassen. Im preußischen Abgeordnetenhause haben die großen Auseinandersetzungen begonnen, mit denen die Wahlreformvorlagen in die Beratungszimmer der Ausschüsse geleitet werden sollen. Vertreter der alten Zeit und des neuen Wagens ringen im tiefpflügenden Meinungsaustausche nach Wahrheit und Klarheit; die konservative Weltanschauung nimmt für zähes Festhalten an den bisherigen Richtlinien der Staatsleitung und Kräfteverteilung den festgefügten Aufbau und den glänzenden Aufstieg der preußischen Monarchie in Anspruch, die Verfechter weitgehender Reformen stellen, ohne der Staatsentwickelung und der innerpolitischen Entwickelung in Preußen die Lichtseiten abzusprechen und manchen der bisher führenden Konservativen ihre Verdienste darum zu verkleinern, ihre Überzeugung und ihren Willen heraus, mit einer modernen Politik und Reformarbeit das Staatsleben auf solidere Grundlagen zu verankern und sprunghaften gewaltsamen Geschehnissen vorzubeugen.

Bändefüllende Akten leiten uns bereits durch die Geschichte der Wahlreform in Preußen. In bezug auf alles, was politisch und technisch dazu gesagt werden kann, sind die zahllosen Umbildungsversuche heute fast überreif zum entscheidenden Spruch. Dennoch ist es nicht abzusehen, ob der Ausschuß in seiner Mehrheit ein Ja oder ein Nein herausarbeiten wird. Der Zustand fortdauernder Gärung wird auch bleiben, wenn die jetzige große Redeschlacht beendigt sein wird. Unwägbarkeiten sind es eben am letzten Ende, die die Entscheidung bringen, und so wird sich in der Zwischenzeit der Beratung im Ausschusse die wachsende Anteilnahme der Öffentlichkeit immer mehr dem Bemühen zuwenden, einen Maßstab für die Bewertung der Wandlungen zu bringen, die der Weltkrieg in der Volksseele hervorgebracht hat. In diesem Zusammenhange tritt denn auch die führende Rolle des Monarchen bei der Wegweisung in eine neue Zeit des Staatslebens voll in den Vordergrund. Sie ist umschrieben mit dem erhebenden hochgemuten Worte von dem Vertrauen des Königs zu dem Volke. Dieses Vertrauen hat die Freiwilligkeit geboren, mit der die Krone nach der Auffassung der einen ihre Entschließungen mit dem Geiste wahrhaft staatsmännischer und landesväterlicher Weisheit erfüllt und ein in alle künftige Geschichtsentwicklung leuchtendes Vorbild gegeben hat, während die anderen die Berater der Krone in jenen kritischen Tagen darob mehr oder minder heftig angreifen. Der jetzige preußische Minister des Innern und nach D. Drews auch der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Friedberg betonten, wie dieses Vertrauen zu unserem Volkstum in dessen Wesen und in den Erscheinungen des Verteidigungskampfes der Nation begründet ist. Besorgnisse des Vaterlandsfreundes über drohende ungemessene Radikalisierung des Staatslebens könnten dann zurücktreten, wenn jenes Vertrauen sich belohnt sehen wird. Lege auch der Monarch seinen machtgebietenden Einfluß und seine Entschlüsse in die Wagschale, um in der Stunde der Erfüllung im Volke die To e weit zu machen für dessen werktätige Mitarbeit am Staatsganzen mit neuen Rechten, so erwüchsen den führenden Politikern der Parteien um so bedeutsamere Pflichten. In dem Vertrauen zum Volke begegnen sich mit dem König alle Parteien, ebenso einig ist man aber auch in der Erkenntnis der Notwendigkeit, die politische Aufklärung der Massen weiter und weiter zu heben und auf die Höhe zu führen, die die moderne Zeit erheischt. Von welchem Geiste diese Aufklärungsarbeit erfüllt sein muß, darüber kann kein Zweifel mehr bestehen. Auch die Sozialdemokratie, die sich seit Kriegsbeginn auf vaterländischen Boden staatlicher Mitarbeit gestellt hat, hat sehr wohl Anlaß, ihre Wirksamkeit noch weiter von den Schlacken zu befreien, die ihr noch anhaften. Ihre Führer haben manchen mutigen und mannhaften Entschluß zu fassen gewußt gegenüber dem starren Ultraradikalismus. Es darf wohl erwartet werden, daß sie auch mit dem Reste vollends aufräumen und sich stark genug zeigen, sich nicht von ihren Nachbarn der alleräußersten Linken radikalisieren zu lassen. Sie müssen auch darauf verzichten können, nur um deswillen da oder dort aus taktischen Gründen und gegen ihre eigentliche innere Meinung radikale Seitensprünge und wilde Gebärden zu machen, damit ihnen bei den Massen der Wind nicht aus den Segeln genommen werde. Dazu steht heute zu viel auf dem Spiele.

Diese Mahnung gelte hier wie anderwärts. Vertrauen zum Volke — aber Vertrauen gegen Vertrauen!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ **Eine allgemeine Erhöhung der Personentarife** soll mit dem 1. April 1918 neben der vom 15. Dezember ab gültigen reinen 100 %igen Schnellzugsverteuerung zur Einführung gelangen. Die neuen Tarife bewegen sich auf Grund einer allgemeinen deutschen Personentarifreform, in folgender Staffelung: Für Personenzüge beträgt der Fahrpreis pro Kilometer: in der ersten Klasse 9 Pfg., in der zweiten Klasse 5,7, in der dritten Klasse 3,7, in der vierten Klasse 2,4 Pfg. Hinzu kommen noch die Schnellzugszuschläge ab 1. April: bei 1 bis 75 Kilometer für erster und zweiter Klasse 1 Mark, für dritter Klasse 0,50 Mark; bei 76 bis 150 Kilometer für erster und zweiter Klasse 2, für dritter Klasse 1 Mark; bei 151 bis 350 für erster und zweiter Klasse 3 Mark, für dritter Klasse 1,50; über 350 Kilometer für erster und zweiter Klasse 4 Mark, für dritter Klasse 2 Mark. Aus der Skala geht schon hervor, daß auch Bayern und Baden für den 1. April die Einführung der vierten Wagenklasse beschlossen haben. Der am 15. Dezember eintretende hundertprozentige Schnellzugszuschlag dürfte voraussichtlich nur bis zur Einführung der neuen Tarife, also bis 31. März, bestehen bleiben.

Österreich-Ungarn.

× Die **ungarische Wahlvorlage** ist von König Karl unterzeichnet worden. Zugleich ist Ministerpräsident Dr. Wekerle bevollmächtigt worden, den ungarischen Landtag aufzulösen, falls die Wahlrechtsreform durch die Tisza-Partei zu Fall gebracht wird. In ungarischen Abgeordnetenkreisen ist man der Überzeugung, daß es zwar zu heißen Kämpfen um die Vorlage kommen, daß aber schließlich die Tisza-Gruppe nachgeben wird.

Norwegen.

× **Eine Waffenruhe in den Weihnachtsfeiertagen** will der in Christiania tagende 10. nordische Friedenskongreß herbeiführen. Er will sich zu diesem Zweck an die Friedensvereine der verschiedenen Länder wenden, damit sie telegraphisch bei den Kriegführenden um Waffenruhe für die Festtage bitten. Der Kongreß nahm ferner einen Antrag an, den nordischen Friedensvereinigungen die Erwägung anheim zu geben, ob nicht der Zeitpunkt gekommen sei, eine Friedenskonferenz nach Stockholm einzuberufen.

Frankreich.

× Allgemach melden sich die **Widersacher des Kabinetts** Clemenceau zum Wort. So ist ein Interpellationsantrag von der äußersten Linken eingebracht worden, der u. a. sagt, Clemenceau scheine zunächst Krieg gegen Frankreich zu führen. Es wird Beschwerde wegen der Massenverhaftungen erhoben und der Regierung die völlige Aufhebung der Freiheit vorgeworfen. Eine einzige Tatsache, nämlich die Absetzung und Einreihung eines Syndikatssekretärs ins Heer habe zur Folge gehabt, daß im Loiregebiet allein über 100000 Arbeiter streikten. Um eine Freiheit zu zerstören, lasse Clemenceau 100000 Arbeiter aus für die Landesverteidigung arbeitenden Fabriken feiern. Clemenceau gehe gegen Frauen und 17jährige Kinder, gegen Leute, die sich nicht verteidigen könnten, vor. Die Besprechung der Interpellation soll am Freitag in der Kammer stattfinden.

Rußland.

× **Über die Aussichten auf allgemeine Friedensverhandlungen** urteilt die Petersburger Regierung sehr zuversichtlich. Trotzky erklärte im Arbeiter- und Soldatenrat, nach dem Waffenstillstand würden sofort Friedensverhandlungen aufgenommen. Ihr Beginn sei noch in diesem Monat zu erwarten. Er kündigte ferner an, daß es den von der Front zurückkehrenden Soldaten gestattet werden wird, ihre Waffen zu behalten, „zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen gegen die Bourgeoisie".

In treuer Hut.

Roman von E. Borges.

1. Kapitel.

„Das ist doch wirklich zu arg! Hier, Mutter lies diesen Brief und sage mir dann Deine Meinung." Mit diesen Worten erhob sich der Sprecher von seinem Sitze am Frühstückstisch, schob unwillig mehrere noch uneröffnete Briefe zur Seite, ging dann raschen Schrittes auf eine ältere Dame zu, die am andern Ende des Tisches saß und reichte ihr ein offenes Schreiben, dessen Inhalt den jungen Mann sichtlich erregt hatte. Mit finsteren Blicken und gerunzelter Stirn lehnte er sich dann über den Sessel der Mutter, in banger Erwartung ihrer Entscheidung harrend.

Es war ein stattliches Paar, Mutter und Sohn, die jetzt beide in gespannter Aufmerksamkeit den langen, inhaltschweren Brief noch einmal durchlasen. Kein einziges Silberfädchen zeigte sich in ihrem hellblonden Haar, und aus den blauen, seelenvollen Augen sprach Wohlwollen und Herzensgüte. In seiner äußeren Erscheinung war Thilo von Warneck keineswegs das Ebenbild seiner Mutter. Sein Haar war dunkelgelockt, seine Augen blitzten feurig und der von Luft und Sonne leicht gebräunte Teint kennzeichnete den Land-Edelmann, und verlieh seinem Antlitz einen ganz besonderen Reiz.

Als einziges Kind reichbegüterter Eltern war auf Thilo von Warneck alle erdenkliche Liebe und Sorgfalt verwendet, die sich später nach dem frühen Tode des Vaters noch verdoppelte. Der strebsame, talentvolle Knabe, der während der Schulzeit stets die 1. Plätze behauptete, später auf dem Gymnasium die besten Preise davon trug, täuschte doch hernach seine Mutter und seine vielen Freunde; denn schon nach wenigen Semestern auf der Universität verließ er die juristische Laufbahn und überraschte seine Mutter und den alten, treuen Verwalter der väterlichen Güter mit der Nachricht, die Zügel jetzt allein in die Hand zu nehmen, um als einfacher Land-Edelmann mit seiner Mutter auf dem Erlenhofe, so hieß die im nordöstlichen Pommern gelegene Besitzung, zu wohnen. Es zeigte sich auch bald, daß der junge, tatkräftige Landmann seiner Aufgabe vollständig gewachsen war; seinem scharfen Auge entging nicht die kleinste Unordnung weder auf den entlegenen Vorwerken noch auf den Pachthöfen, und auf dem Erlenhofe selbst wurden mit Umsicht Verbesserungen und Neuerungen angelegt, daß die Mutter gern ihrem energischen Sohne das Regiment abtrat.

Doch in diesem Augenblicke, als Thilo der Mutter den offenen Brief reichte, merkte die ältere Dame sogleich, daß ihr Sohn, der stets selbständig zu handeln gewohnt war, heute doch den Rat und das Urteil der Mutter zu hören wünschte. Sie legte daher den Brief einer Freundin, die ausführlich das interessante Thema der neuesten Moden behandelte, bei Seite, nahm den eng beschriebenen Brief aus des Sohnes Hand und las halblaut:

„Lieber Thilo! Die Gewißheit, daß Ihr Vater mein bester Freund, mein treuester Waffenbruder gewesen und bis zu seinem Tode mir seine Liebe und Freundschaft bewahrt hat, veranlaßt mich zu der großen Bitte, die ich jetzt niederschreibe. Vor 10 Jahren, nachdem ich kaum ein Jahr verheiratet gewesen und mir ein Töchterchen geschenkt ward, kam Ihr Vater hier zu mir nach Florenz, übernahm Patenstelle bei meiner kleinen Asta, versprach mir fest und feierlich für das Wohl der Kleinen zu sorgen, ihre Interessen zu den seinigen zu machen, kurz, sich ihrer anzunehmen wie seines eigenen Kindes, im Falle es Gott gefiel, mich früher hinwegzurufen als ihn, meinen treuen Freund. Ich mußte diese Voraussicht beobachten, denn meine Gattin war sehr zart und schwächlich, sie hätte einer festen Stütze bedurft, wenn ich nicht mehr sie schützen konnte. Schon damals machte ich mein Testament und bestimmte Ihren Vater als Vormund meiner kleinen Asta, als Verwalter ihres nicht unbedeutenden Vermögens, bis sie ihr 21. Jahr erreicht habe. Es ist anders gekommen, wie ich gedacht habe. Ihr lieber Vater starb nach Verlauf kaum eines Jahres und wenige später mußte ich meine Gattin zur letzten Ruhestätte geleiten. Wäre auch ich gestorben, so hätte mein kleiner Liebling ganz allein in der Welt gestanden, freund- und schutzlos, ohne Heim wäre das Kind der erbarmungslosen Welt preisgegeben; denn Sie wissen, lieber Thilo ich habe keine Verwandten, meine einzige Schwester wurde mir in der Jugend entfremdet und außer mit Ihrem Vater habe ich niemals eine engere Freundschaft geschlossen. Jetzt sind meine Tage gezählt, ich fühle es, und darf mich nicht darüber hinweg täuschen und muß meine Asta hier im fremden Lande allein zurücklassen. Seit meiner Verheiratung lebte ich im sonnigen Italien, zuerst meiner kränklichen Gattin wegen, später wollte ich nicht ohne sie nach dem kalten Norden zurück. In meiner großen Sorge um meinen Liebling hält mich die Hoffnung an Ihre Mutter und an Sie, lieber Thilo, aufrecht. Ich weiß, daß Sie die Güter Ihres Vaters übernommen haben und bitte jetzt, meine kleine Asta zu sich zu nehmen, Sie und Ihre Mutter werden der kleinen Waise ein Heim geben, sie erziehen, und die letzten Augenblicke eines Sterbenden werden erleichtert werden. Der Sohn meines treuen Freundes wird diese meine letzte Bitte erfüllen, und Ihre Mutter, die ich nur einmal in meinem Leben sah, derer ich mich aber noch gut erinnere, wird der kleinen Waise gewiß mütterliche Liebe schenken. Asta ist sehr talentvoll und für ihre Jahre weit entwickelt, sie wird Ihrer Mutter eine gehorsame und liebevolle Tochter sein. Wenn es Ihnen möglich ist, zu mir zu kommen, lieber Thilo, so könnte ich ausführlicher mit Ihnen reden, denn das Schreiben wird mir schwer, aber senden sie mir nur eine Zeile, daß ich über die Erfüllung meiner Bitte Gewißheit habe.

Ihr aufrichtiger Freund Moritz Burckhardt."

Fortsetzung folgt.

Neid. „So ein Kavalier hat es gut! Zuerst lebt er in Saus und Braus, und wenn er sich dann vor Schulden nicht mehr zu helfen weiß, verschaffen ihm seine Gläubiger überdies noch eine reiche Frau!"

der Hauptangriff. Zwischen 4 Uhr und 4 Uhr 30 morgens flogen zwei Gruppen feindlicher Maschinen über die Küste von Essex, drei Gruppen über die Küste von Kent und fuhren auf London zu weiter. Nach dem weiteren Bericht ist eine Gruppe zur Umkehr gezwungen worden. Von den übrigen Flugzeugen wurden zwei abgeschossen, deren Besatzung in die Hände der Engländer fiel. Endlich sagt der Bericht, es seien drei Personen getötet und elf verwundet worden, der Sachschaden sei gering.

Auch dieser verklausulierte Bericht läßt erkennen, daß der deutsche Luftangriff erfolgreich gewesen ist.

Vom Tage.

Eine „Friedensstraße" in Petersburg.

Als der Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen in Petersburg bekannt wurde, fanden große Kundgebungen für den Frieden statt. Das Petersburger Blatt „Djen" berichtet, daß der Newskiprospekt, die Haupt- und Prachtstraße der Stadt, in „Friedensprospekt" umgetauft werden soll.

Lloyd George hat die Diplomaten-Krankheit.

In diesen Tagen sollte in London ein Festessen stattfinden, bei dem Ministerpräsident Lloyd George sich über den bekannten Brief Lord Lansdownes und die Kriegsziele aussprechen sollte. Leider ist Lloyd George plötzlich etwas erkältet, und das Essen mußte um eine Woche verschoben werden. Zu gleicher Zeit veröffentlicht „Daily News" einen Brief, unterzeichnet Brinsley Johnson; in diesem Brief wird gesagt, wenn eine Zustimmungsadresse zu Lansdownes Brief aufgelegt würde, unterschrieben sich Millionen einsichtiger Frauen und Männer im Lande. Wilson und andere hätten gesagt, man werde nur mit dem Volke Deutschlands verhandeln. Da aber die englische Regierung nicht verfassungsmäßige Wege ginge, könne vielleicht Deutschland gar keine Möglichkeit haben, mit dem Volke Englands zu verhandeln.

Sollte nicht ein kleiner Zusammenhang zwischen Lloyd Georges Erkrankung und dieser Stimmung im Lande bestehen?

Die Kriegsziele des Dollars.

Aus Madrid wird gemeldet, daß in La Coruna eine Sondergesandtschaft wirtschaftlichen Charakters für Spanien aus den Vereinigten Staaten eingetroffen ist. Die Gesandtschaft soll die spanische Regierung bewegen, die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder enger zu knüpfen. Die Amerikaner wollen in spanischen Häfen Schiffswerften errichten und bieten eine Anleihe dar zum Ankauf amerikanischer Maschinen.

Wilson sagt öffentlich, er kämpfe für Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Unter der Hand schickt er Getreue aus, die versuchen sollen, europäische Staaten in die Botmäßigkeit der New Yorker Wallstreet-Milliardäre als Ausbeutungsgegenstand zu bringen.

Wenn nur nichts herauskommt . . .

Aus Paris wird berichtet, in dortigen diplomatischen Kreisen werde mit Befriedigung festgestellt, daß die die Entente am meisten bloßstellenden Geheimverträge von der russischen Regierung nicht veröffentlicht worden sind. Man hofft, daß diese aus den Jahren 1911 und 1912 stammenden Verträge, in denen die Zerstückelung Deutschlands und Österreich-Ungarns vorgesehen ist, auf Veranlassung des englischen Botschafters Buchanan von den Beamten der alten Regierung rechtzeitig entfernt werden konnten.

Das ist die althergebrachte Art aller Spitzbuben. Wenn nur nichts herauskommt, bleibt man ein ehrlicher Mann.

Die Amerikaner richten sich in Frankreich ein.

Den Franzosen wird angst und bange vor der Überflutung ihres Landes mit lauter Bundesgenossen. Erst beißen sich die Engländer so fest, als wenn sie nie wieder zu gehen beabsichtigten. Dann kommen die Amerikaner, um das Beispiel nachahmen zu wollen. Schon wagen sich in der Presse, so im „Journal des Débats", Anspielungen auf eigensüchtige Kriegsziele einzelner verbündeter Staaten hervor. In den Provinzen herrscht Unzufriedenheit über amerikanische Bahnbauten, die nicht nur militärischen Zwecken dienen, sondern, wie die Linien Brest—Bordeaux und Cherbourg—Paris, den bestehenden französischen Linien jede Konkurrenz unmöglich machen, da infolge rücksichtsloser Enteignung bei der Anlage der amerikanischen Linien dieselben viel kürzer und ökonomischer sind, als die französischen.

Nach dem Kriege wird daher eine völlige amerikanische Kontrolle des französischen Bahnnetzes befürchtet und immer nachdrücklicher wird das Sprichwort laut: „Gott bewahre uns vor unseren Freunden."

Lokales und Provinzielles.

Schalksmühle, den 10. Dezember.

9. Dezember. 1717 Altertumsforscher Johann Winckelmann geb. — 1867 Nikolaus v. Dreyse, Erfinder des Zündnadelgewehrs, gest. — 1914 Kriegsminister v. Falkenhayn wird Chef des deutschen Generalstabes. — 1915 Rückzug der Engländer im Irak.

10. Dezember. 1830 Simon Bolivar, der Befreier Südamerikas, gest. — 1861 Elisabeth Freifrau v. Heyking, Verfasserin der „Briefe, die ihn nie erreichten", geb. — 1868 Theolog Friedrich Wilhelm Krummacher gest. — 1877 Einnahme Plewnas durch die Russen. — 1889 Dichter Ludwig Anzengruber gest. — 1896 Chemiker Alfred Nobel, Stifter des Nobelpreises, gest. — 1914 Erzherzog Friedrich von Österreich wird zum Feldmarschall ernannt. — 1915 Abberufung des deutschen Militär- und Marineattachés aus Washington auf Ersuchen der Union.

□ **Wie oft werden die Lebensmittelverordnungen übertreten?** Diese Frage kann kein Mensch beantworten. Wahrscheinlich würde auch die ausschweifendste Annahme hinter der Zahl der tatsächlichen Übertretungen zurückbleiben. Je mehr die Fülle der Verordnungen angewachsen ist, um so schneller haben sich sicher auch die Verstöße vermehrt. Als wirklich vorliegendes Material können für Preußen folgende Zahlen gelten: Annähernd 400 000 Verfahren wegen Zuwiderhandlung gegen Vorschriften zur Sicherstellung der Volksernährung in Preußen sind in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 30. September 1917 bei den preußischen Staatsanwaltschaften und Amtsgerichten anhängig geworden. Rechtskräftig wurden Strafbefehle gegen 136 916 und Urteile gegen 26 954 Personen. Rechtskräftig erkannt wurde gegen 10 078 Personen auf Freisprechung, gegen 75 984 Personen auf eine Geldstrafe von 20 Mark oder weniger, gegen 65 088 Personen auf eine Geldstrafe von mehr als 20 bis 100 Mark, gegen 10 349 Personen auf eine Geldstrafe von mehr als 100 Mark, gegen 810 Personen auf eine Freiheitsstrafe bis zu 1 Woche, gegen 690 Personen auf eine Freiheitsstrafe von mehr als 1 Woche bis zu 1 Monat, gegen 277 Personen auf eine Freiheitsstrafe von mehr als 1 Monat bis zu 1 Jahr und gegen 4 Personen auf eine Freiheitsstrafe von mehr als 1 Jahre, im ganzen gegen 151 421 Personen auf eine Geldstrafe und gegen 1781 auf eine Freiheitsstrafe. Daneben wurde gegen 3928 Personen auf Einziehung ihnen gehöriger Waren erkannt und gegen 8 Personen die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ausgesprochen. — Das ist anscheinend viel und tatsächlich doch nur wenig, besonders angesichts des wie eine Sturzwelle über das Land gehenden Wuchers und Schleichhandels.

○ **Weihnachtswünsche der Postverwaltung.** Wegen der bevorstehenden Weihnachtssendungen richtet die Postverwaltung nachstehende Wünsche an die Absender: Die Pakete sind unter Verwendung guter Verpackungsstoffe recht dauerhaft herzustellen; in das Paket ist obenauf ein Doppel der Aufschrift zu legen; die Aufschrift ist deutlich, vollständig und haltbar herzustellen, der Name des Bestimmungsortes unter näherer Bezeichnung der Lage besonders groß und kräftig anzugeben; auf den Paketen selbst hat der Absender seinen Namen und Wohnort nebst Wohnung zu vermerken: die Weihnachtssendungen sind möglichst frühzeitig aufzugeben und, wenn irgend möglich, freizumachen.

○ **Dringende Pakete in der Weihnachtswoche.** Um Mißverständnissen vorzubeugen, weisen wir noch einmal darauf hin, daß in der Zeit vom 9. bis zum 23. Dezember Wertpakete und Eilpakete von den Postämtern zur Versendung nicht angenommen werden, wohl aber als „dringend" bezeichnete Pakete. Diese werden zu derselben Gebühr, die auch jetzt für „dringende Pakete" zu zahlen ist, befördert.

+ **Halver,** 8. Dezember. In der gestern unter dem Vorsitz des Pfarrers Dr. Große-Dresselhaus stattgefundenen Sitzung der größeren kirchl. Gemeindevertretung wurde zur Deckung der größeren Defizits der Rheinischen Mission von 70 000 Mk. des auf die Kirchengemeinde Halver entfallende Teil von 355 Mk. bewilligt. Dem Zentralvorstande der Gustav-Adolf-Stiftung, der aus Anlaß der 400jährigen Reformationsjubiläumsfeier um eine besondere Gabe zu Betätigung der Wirksamkeit auf seinem Arbeitsfelde gebeten hatte wurden 150 Mk. bewilligt. Die Orgelbauanstalt von Faust in Barmen hat sich erboten, für die für Kriegszwecke beschlagnahmten zinnernen Prospektpfeifen unserer Orgel die sämtlich tönend waren und die von der genannten Firma im verflossenen Sommer abgenommen sind, Zinkpfeifen zum Preise von 660 Mk. in die Orgel einzubauen. Die Versammlung nimmt das Anerbieten an, und bestimmt als spätesten Termin für die Beendigung der Arbeit den 1. März 1918. Der folgende Punkt betraf die Umwahl des Presbyteriums. Der Vorsitzende teilte mit, daß der ausscheidende Presbyter Aug. Hefendehl die bestimmte Erklärung abgegeben hat, daß er mit Rücksicht auf sein hohes Alter von 84 Jahren eine etwaige Wiederwahl nicht annehmen könne. Der Vorsitzende dankte für die treue Mitarbeit während langer Jahrzehnte und gab dem Gefühl der Trauer beim Scheiden desselben aus dem Kollegium Ausdruck. Es wurde an seine Stelle der Repräsentant Gust. Feckinghaus zu Engstfeld zum Presbyter und für diesen der Sohn des scheidenden Presbyters, Hermann Hefendehl zu Wöste, in die größere kirchliche Gemeindevertretung gewählt. Die übrigen ausscheidenden Presbyter: August Wippermann in Halver, Wilhelm Ecker-Bärendahl und Robert Winkhaus-Carthausen wurden für eine weitere Amtsdauer wiedergewählt.

Herne, 7. Dezember. Im Hause Rosenstraße 5 spielten gestern drei Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren, die in einem Zimmer eingeschlossen waren, mit Streichhölzern, wobei ein Feuer entstand. Zwei Kinder verbrannten, während das dritte schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Es handelt sich um Kinder zweier Familien. Beide Frauen waren verreist und kehrten zurück, gerade als das Unglück geschehen war, während sich die Männer auf der Arbeitsstelle befanden.

Hamm, 8. Dez. Heute nachm. wurden die Leichen der bei dem Eisenbahnunglück in Hessen verunglückten 8 deutschen Landsturmleute mit militärischen Ehren zum Bahnhof übergeführt, um in die Heimat transportiert zu werden. Am morgigen Sonntag erfolgt die Beerdigung des in den Hammer Krankenhäusern ihren Verletzungen erlegenen drei italienischen Gefangenen, während die Beisetzung der übrigen Opfer am Montag in einem Massengrab auf dem Hessener Friedhof erfolgt. Auch die italienischen Gefangenen werden mit militärischen Ehren beerdigt.

Rösrath, 5. Dez. Das Schwein gerettet. In einem bei Rösrath liegenden Gehöft hatte man ein Schwein zu einem wahren Prachtexemplar herangezogen, und es sollte bald geschlachtet werden. Nun vernahm die Hausfrau nachts Geräusch auf dem Hof und weckte ihre älteste Tochter, um nachzusehen, was los sei. Da sie auch Geräusch vernahm, feuerte sie aus einem Revolver einen Schuß ab, worauf zwei Kerle aus dem Stall kamen und davon liefen. Als sie dann noch fünf Schüsse löste, entlief ein dritter Mensch. Bei näherem Nachsehen stellte es sich heraus, daß die drei das fette Schwein regelrecht geschlachtet und bereits ausgeweidet hatten, um es fortzuschaffen. Am Tatort ließen sie einen Rucksack, ein Beil und andere Sachen zurück.

Köln, 8. Dez. Laut Köln. Lok.-Anz. verlangte ein Westerwälder Bauer in einem Schuhladen in Siegburg ein Paar Schuhe. Zuerst wurde er mit Bedauern, und als er nicht weichen wollte, mit schroffen Worten abgewiesen. „Ich habe aber 10 Pfund frische Butter bei mir, die ich gern in Zahlung gebe," sagte der Bauersmann und sofort änderte sich der Geschäftston und es erschienen einige Paar Schuhe. Als sie nicht paßten, führte die Verkäuferin den Bauer in ein Zimmer, das große Vorräte an Schuhen und Stiefeln enthielt. Für ein paar Arbeitsschuhe wurden 90 Mk. gefordert, wogegen er für seine Butter 10 Mk. verlangte. Als die Geschäftsinhaberin sich handelseinig erklärte, „zeigte der biedere Landmann" seine Erkennungsmarke als Geheimpolizist und beschlagnahmte das ganze Schuhlager.

Nah und Fern.

○ **Eisgang auf der Weichsel.** Infolge des starken Frostes ist auf dem Weichselstrom Eisgang eingetreten. Der Schnellfährentrajekt bei Kulm und Neidenburg-Kurzbrak ist eingestellt. Die Schiffbrücke bei Marienburg ist bereits abgefahren. Die Weichselschiffahrt ist geschlossen.

○ **Wiedereinstellung der ausgefallenen Speisewagen.** Die Speisewagen, die zur Verminderung der Achsenzahl der Züge seinerzeit ausfallen mußten, sollen nach und nach wieder eingeführt werden, und zwar zunächst auf den Strecken Berlin—Köln und Köln—Berlin.

○ **Explosion in einem Pulverwerk.** Aus Wien wird gemeldet: Im Pulverwerk Schlager in Kremsursprung ereignete sich eine schwere Explosion. Vier Personen wurden getötet, fünf weitere lebensgefährlich verletzt. Die Ursache der Explosion ist unbekannt.

Telegramme und Drahtnachrichten.

Abendbericht.

WTB **Berlin,** 9. Dez. abends. (Amtlich.) Von allen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Waffenstillstand mit Rumänien.

TU **Von der Schweizer Grenze, 10. Dezember. Wie Havas aus Petersburg meldet hat nach dem Rjetsch zufolge General Tscherbatschew im Einverständnis mit Rumänien und in vollständiger Uebereinstimmung mit dem revolutionären Militär-Ausschuß auf der ganzen Front der rumänischen Armee in Rumänien ein Waffenstillstand bis zum Friedensschluß mit den Mittelmächten unterzeichnet.**

TU **Petersburg,** 10. Dez. Der Oberbefehlshaber Krylenko hat über die Aufhebung des revolutionären Hauptquartiers folgende Kundgebung an die Mannschaften und Seeleute gerichtet:

Witebsk, 20. Nov. Ich bin an der Spitze der revolutionären Truppen in Mohilen eingerückt. Das von allen Seiten umzingelte Hauptquartier hat sich ohne Kampf ergeben. Das letzte Hindernis zur Erreichung des Friedens ist gefallen.

Ich kann die traurige Tatsache, der Ermordung Suchonin, des früheren Oberbefehlshabers, nicht mit Stillschweigen übergehen, der Haß des Volkes hat über die Strenge geschlagen. Trotz aller Versuche Suchonin zu retten wurde er aus dem Wagen gerissen und getötet. Die Flucht des Generals Kornilows am Vorabend des Falles des Hauptquartiers war die Folge der Ursache des Ausschreitens.

Kameraden! Ich kann die Befleckung der Fahne der Revolution nicht zulassen, rückwärtige Handlungen müssen auf das strengste verurteilt werden. Seit der errungenen Freiheit würdig, befleckt nicht die Macht des revolutionären Volkes, das kühn im Kampfe und großmütig als Sieger sein muß. Kameraden! Nach dem Falle des Hauptquartiers gewinnt der Kampf für den Frieden neue Kraft. Die Revolution und die Freiheit ruft auch zur Einigkeit und Manneszucht.

Der Oberbefehlshaber Krylenko.

Eine deutsch-englische Vereinbarung.

Haag, 7. Dez. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, für die in Holland internierten englischen Kriegsgefangenen Material für den Bau von Baracken zu liefern. Als Gegenleistung hat die britische Regierung die Getreideversorgung der in Holland befindlichen deutschen Gefangenen übernommen.

Italienische Verleumdungen.

Lugano, 7. Dez. Um den sinkenden Kriegswillen des italienischen Volkes aufzupeitschen, veröffentlichen verschiedene italienische Blätter verleumderische Berichte über angebliche Grausamkeiten, die von deutschen und österreichischen Truppen in den von ihnen besetzten Gebieten gegen Frauen und Kinder verübt worden sein sollen. Das Schlimmste in dieser Beziehung leisten der von Frankreich bezahlte „Secolo" und der phantasiereiche Barzini vom „Corriere della Sera".

Franzosen in der italienischen Kampflinie.

Kopenhagen, 7. Dez. Pariser Blätter berichten, daß sich seit Dienstag französische Hilfstruppen in der italienischen Kampflinie befinden.

Die Brasilianer wollen helfen.

Genf, 7. Dez. Havas berichtet aus Newyork: Eine brasilianische Kommission traf in Newyork ein, um über eine militärische Mitwirkung im Kriege gegen Deutschland zu beraten.

Gewissenlose Rekrutenpresse.

Rotterdam, 7. Dez. Die britische Regierung verfügte, daß alle 16—60 Jahre alten Untertanen feindlicher Nationen, die provisorisch in Freiheit gesetzt wurden, unter die „Freiwilligen" eingereiht werden und auf ihre Nationalität verzichten müssen. Im Falle der Weigerung werden sie eingesperrt.

Der Brotkorb wird höher gehängt.

Amsterdam, 7. Dez. Der englische Verpflegungsminister veröffentlichte eine Verordnung, die die Verproviantierung der Schiffe einschränkt und streng kontrolliert.

Der Rumänenkönig gelobt Treue.

London, 7. Dez. Eine Abordnung des amerikanischen Roten Kreuzes, welche aus Rumänien zurückkehrte, bringt die Nachricht von König Ferdinand an Präsident Wilson mit, daß Rumänien niemals einen Sonderfrieden schließen würde. (Schön!)

Haftbefehl gegen Sasonow.

Genf, 7. Dez. Nach einer Pariser Meldung ist auch gegen den früheren russischen Minister des Auswärtigen Sasonow ein Haftbefehl erlassen worden, weil ein geheimer Schriftwechsel Sasonows mit einer Botschaft in Petersburg aufgefunden worden sein soll. Der gegenwärtige Aufenthaltsort Sasonows ist unbekannt.

Rußland — das Unglück der Entente.

Zürich, 7. Dez. Sonnino erklärte verschiedenen Zeitungsberichterstattern aus Paris, daß sich die Kriegszielkonferenz mehr mit Rußland als mit Italien beschäftigt habe. Rußland sei allgemein als das große Unglück der Entente bezeichnet worden.

Ausweise für britische Untertanen.

Haag, 7. Dez. Londoner Mitteilungen zufolge haben die britischen Staatsangehörigen in Petersburg Nationalitätsausweise erhalten, die dazu bestimmt sind, an den Wohnungstüren befestigt zu werden.

Die wachsende Macht der russischen Arbeiter.

Stockholm, 7. Dez. Die Petersburger Telegraphenagentur gibt zu verstehen, daß die Arbeiterverbände die Kontrolle über die gesamte russische Warenerzeugung übernehmen dürften.

Vom Journalisten zum Gesandten.

Kopenhagen, 7. Dez. Der neue bolschewistische Gesandte Rußlands in Dänemark ist der bisherige Kopenhagener Berichterstatter der „Rußkaja Wolja", Wugmann. (Der bisherige Gesandte will aber bekanntlich den Platz nicht freiwillig räumen.)

Kurzer Prozeß.

Kopenhagen, 7. Dez. Wie hiesige Blätter erfahren, hat der Petersburger Militärgouverneur den strikten Befehl erhalten, alle widerspenstigen Beamten der Staatsbank zu verhaften.

Eine neue Völkerwanderung.

Russische Grenze, 7. Dez. Nach dem „Djen" finden im nördlichen Zentralasien schwere Kämpfe zwischen Kosaken und Nomadenstämmen um den Bodenbesitz statt. Aus dem Innern Zentralasiens drängen gleich einer Völkerwanderung gewaltige Massen von Kirgisen, Baschkiren, Mongolen und Kalmücken gegen Norden vor.

Bankmonopole?

Von einem finanzwissenschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die Entwicklung, die man den „Konzentrationsprozeß im deutschen Bankgewerbe" genannt und vor dem Kriege mehrfach wissenschaftlich beschrieben und zergliedert hat, schreitet in der Kriegswirtschaft kräftig fort. Die Voraussetzungen sind der Zusammenballung immer riesenhafterer Interessengruppen jetzt sogar noch günstiger als zuvor. Während des Krieges hat das ganze Bankgeschäft sich verändert und vorläufig — auch sehr wesentlich vereinfacht. Schwierige Finanzierungsgeschäfte im In- und Auslande kommen kaum mehr in Frage; die industrielle Kreditgewährung ist durch die Leerung der Lagerbestände und durch den raschen, gewinnreichen Umsatz der Kriegserzeugung erheblich entlastet. Die Hauptaufgabe der Banken besteht augenblicklich darin, die freien Mittel des Geld- und Kapitalmarktes, die sich zwischen den Kriegsanleihen in ungeheuren Mengen ansammeln, dem laufenden Kreditbedarf, der in sehr großem Umfange solcher öffentlicher Körperschaften (des Reichs, der Bundesstaaten, Provinzen, Gemeinden) ist, rasch und reibungslos zuzuführen. Dabei erzielen ganz naturgemäß diejenigen Banken den stärksten Erfolg, die über das große und dichteste Netz von Filialen und Depositenkassen verfügen und deren Name und Ruf das Publikum und seine Gelder am meisten anlockt. Kleinere Institute können bei der gegenwärtigen Lage, die die Pflege geschäftlicher Spezialitäten (für die der Riesenbetrieb zu bürokratisch arbeitet) ausschaltet oder doch einschränkt, nicht entsprechend mitkommen und sind deshalb stärker der Versuchung ausgesetzt, sich aufsaugen zu lassen; auf der anderen Seite haben die führenden Großbanken so große Umsätze und Gewinne, daß sie für die Bankunternehmungen, die sie erwerben wollen, gute Preise anlegen können.

Drei von den Großbanken, die Deutsche Bank, die Diskontogesellschaft und die Dresdner Bank haben sich während des Krieges durch Aufsaugung und Angliederung großer und kleinerer Provinzbanken außerordentlich ausgedehnt. Sie bilden jetzt im deutschen Bankwesen eine Klasse für sich und lassen die übrigen Institute, die man bisher den Großbanken zuzurechnen pflegte, an Kapitalmacht und Betriebsumfang weit zurück. Möglich, daß das eine oder andere dieser Institute auf der gleichen Bahn folgt und den Abstand, der es jetzt von den drei Riesenbanken trennt, wieder verkürzt; möglich aber auch, daß die eine oder andere der kleineren „Großbanken", die selbständig nicht mehr zu größerer Rentabilität gelangen kann, am Ende ebenso verschluckt wird wie zahlreiche bisher führende Provinzinstitute oder wie der bis zu seiner Aufsaugung unter die Großbanken gezählte Schaaffhausensche Bankverein.

Welche Rolle sollen und werden die neuen Bildungen des Bankwesens in der kommenden Friedenswirtschaft spielen? Ihre ungeheure Macht, ihr Monopolcharakter liegen offen zutage. Sollen die Privatmonopole bleiben oder soll die Gemeinwirtschaft die Hand auf sie legen? Wer die Volkswirtschaft nach dem Kriege genau wie die der Vorkriegszeit individualistisch organisieren, wer, nach einer unvermeidlichen, aber möglichst kurz zu haltenden Übergangsperiode der Zwangsregelung, öffentliche Eingriffe in die Wirtschaft möglichst ausschalten will, der wird geneigt sein, auch den Bankmonopolen das freie Spiel ihrer Kräfte zu lassen. Wer glaubt, daß wir mindestens gewisse große Zweige unserer Gütererzeugung und -verteilung gemeinwirtschaftlich organisieren müssen, wenn wir ohne unerträglichen Druck auf unsere Lebenshaltung und ohne Lähmung der notwendigen Kapitalbildung neue öffentliche Lasten decken wollen, die ein Viertel unseres bisherigen Nationaleinkommens oder noch mehr betragen — der wird die öffentliche Kontrolle der Großfinanz für notwendig halten. Nicht im Sinne einer mechanischen Verstaatlichung, die die bei allen Riesenbetrieben ohnehin sehr stark entwickelte Bureaukratisierung noch weiter treibt. Wohl aber in dem Sinne, daß Einrichtungen geschaffen und Vorkehrungen getroffen werden, die die volle Wahrnehmung der öffentlichen, gemeinwirtschaftlichen Interessen gestatten und sichern.

Ob die Banken unmittelbar, über die normale steigende Besteuerung aller Erwerbsbetriebe hinaus für die fiskalischen Interessen des Reichs herangezogen werden sollen, ist nicht ganz leicht zu sagen. Zwischen dem Zins, den die Banken für fremdes Geld vergüten und dem, den sie für Darlehen irgendwelcher Art fordern, einen staatlichen Anteil an der Kreditvermittlungsgebühr einzuschalten, erscheint bequem und einfach. Aber dadurch wird die Kapitalbildung beschnitten, Erzeugung und Handel, namentlich die Ausdehnung von Erzeugung und Handel mit Hilfe des Kredits, belastet und gehemmt; ein Ausgleich durch „Rationalisierung" des Betriebs (größere Leistung bei geringerem Material- und Arbeitsaufwand), wie er in der Industrie sehr oft erreichbar sein wird, ist hier nicht möglich. Auch wären der Höhe einer solchen Abgabe durch die wohl auch in Zukunft nicht zu beseitigenden internationalen Wechselwirkungen und Abhängigkeiten des Geld- und Kapitalmarktes Grenzen gezogen. Das fiskalische Interesse kann also noch zweifelhaft sein. Außer Zweifel aber steht (wenn man überhaupt eine öffentlich geregelte Volkswirtschaft anstrebt), daß die Banken wirtschaftspolitisch ungleich mehr als früher in den Dienst und unter die Kontrolle der Gemeinwirtschaft gestellt werden müssen. Welche Industrien und Handelszweige im Inlande durch Kredit und Finanzierung vorzugsweise weiter entwickelt werden sollen, und in welchem Umfange dies zu geschehen hat, wie weit und in welcher besonderen Richtung dem deutschen Kapital Beteiligung an ausländischen Anlagen vermittelt werden soll, wie, mit welchen besonderen Mitteln und mit welchen besonderen geographischen Zielen der deutsche Überseehandel und die Errichtung deutscher Unternehmungen und Unternehmungsniederlassungen im Auslande finanziell gestützt und gefördert werden sollen — all das sind Fragen, deren Lösung künftig nicht privater Geschäftspolitik allein überlassen werden, sondern von gemeinwirtschaftlichen Organen entscheidend beeinflußt werden könnte oder müßte. J. S.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* **Für einen Bezugsschein zwei Paar getragene Schuhe.** Nach einer Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle darf ein Bezugsschein ohne Bedarfsprüfung für Luxus- und Straßen-Schuhwerk in Zukunft nur gegen Abgabe von zwei Paar Schuhen oder Stiefeln erteilt werden. Gleichzeitig wird das Verfahren bei Abgabe gebrauchter Oberkleidung zur Erlangung eines Bezugsscheines ohne Bedarfsprüfung auch auf gebrauchte Uniformen ausgedehnt. Für eine gut erhaltene Uniform wird ein Bezugsschein für einen bürgerlichen Männer-, Jünglings- oder Knabenanzug erteilt. Gegen Abgabe eines Teilstückes einer Uniform wird ein Bezugsschein für ein entsprechendes Teilstück eines Anzuges ausgestellt. Wenn die Gegenstände nicht mehr gut erhalten sind, müssen für jeden Bezugsschein zwei Kleidungsstücke abgegeben werden.

* **Handel mit Sämereien.** Der Handel mit Serradellasamen und ähnlichen Sämereien wird neuerdings vielfach nicht zu Saat-, sondern zu anderen Zwecken betrieben, welche die Sämereien ihrer eigentlichen Bestimmung entziehen. Diese mißbräuchliche Verwendung hat einen derartigen Umfang genommen, daß ihr entgegengetreten werden muß, um bei der ohnehin knappen Futtermittelernte dieses Jahres das unbedingt nötige Saatgut in Futterkräutern und dergleichen für das Jahr 1918 sicherzustellen. In dieser Erwägung hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts eine Verordnung erlassen, nach welcher Klee- und Grassamen, Samen von Futterrüben, Serradella und sonstigen Futterkräutern zu andern als zu Saatzwecken nur mit Genehmigung der Reichsfutterstelle abgesetzt oder verwendet werden darf.

* **Saatkartoffeln** gehören nach einem Bescheid des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 27. November auf eine Eingabe der Kartoffelbaugesellschaft zur zweiten Klasse der bei der Wagengestellung bevorzugt zu berücksichtigenden Güter. Für ihre Einreihung in die erste Klasse dieser Güter (Speisekartoffeln, Gemüse, Vieh usw.) besteht ein dringendes Bedürfnis nach einer Mitteilung des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts zurzeit noch nicht.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Zwei Brüder zum Tode verurteilt.** Das Schwurgericht in Lyck verurteilte den Besitzersohn Johann Niederhaus und seinen Bruder, den Uhrmacher Gottlieb Niederhaus aus Gonsken, Kreis Oletzko, die am 3. Mai ihren Stiefvater, den Besitzer August Gorski, ermordet haben, zum Tode.

§ **18 000 Mark Geldstrafe.** Die Strafkammer in München verurteilte den Direktor der Brauerei Maisach, Sedlmayr, wegen Preiswuchers und Malzschiebungen zu 18 000 Mark Geldstrafe und den Geschäftsführer Barth zu 4555 Mark Geldstrafe.

§ **Ungebührliche Preissteigerung.** Der Kaufmann Hugo Krebs aus Braunschweig befaßte sich mit dem Vertrieb eines fettlosen Waschmittels, von dem er innerhalb mehrerer Monate etwa 250 Zentner verkaufte. Obwohl die Gestehungskosten für Krebs sich pro Zentner nur auf 25 bis 37 Mark beliefen, verkaufte er den Zentner zu 144 Mark. Die Strafkammer in Braunschweig verurteilte Krebs wegen ungebührlicher Preissteigerung zu drei Monaten Gefängnis und 15 000 Mark Geldstrafe oder einem weiteren Jahr Gefängnis.

Brot- und Mehlversorgung im Kreise Altena.

Dem Kreise stehen ersparte Mehlmengen in Gestalt von Maismehl, Weizenschrot, Weizennachmehl, Gerstenmehl, unter Umständen auch in Gestalt von Roggen- und Weizenmehl zur Verfügung. Deshalb kann nunmehr bis auf Weiteres von der Streckung des Brotes durch Frischkartoffeln abgesehen werden.

Von jetzt ab ist also wieder Brot ohne Zusatz von Frischkartoffeln herzustellen.

Bei der Bereitung dieses Brotes sind auf je 90 Teile Brotgetreidemehl 10 Teile des als Streckmehl zugeteilten Mehles zu verwenden.

Das Kriegsbrot muß aus 70 % Roggenmehl, 20 % Weizenmehl und 10 % Streckmehl, das Schwarzbrot aus 90 % Roggenschrot und 10 % Streckmehl, das Weizenschrotbrot (Grahambrot), das nur in Form des Schwarzbrotes gebacken werden darf aus 90 % Weizenschrot und 10 % Streckmehl bestehen.

Als Mehlersatz erhalten

die Bäcker an Getreidemehl, gleichviel ob Brot oder Mehl von Roggen oder Weizen, für jeden auf 250 Gramm laufenden Brotschein 171 Gramm, für jeden auf 210 Gramm laufenden Brotschein 142, 4 Gramm und für jeden Schein mit dem Aufdruck S: 427, 3 Gramm.

Demgemäß müssen sie für 1 Doppelzentner (Sack)

a) 585 auf 250 Gramm laufende Brotscheine abliefern, einerlei ob diese schwarzumrändert sind oder nicht, oder
b) 702 auf 210 Gramm laufende Brotscheine (SS-Brotscheine oder
c) 234 auf 1¼ Pfund Brot laufende Brotscheine (S-Brotscheine) abliefern.

Für das Streckmehl werden von den Bäckern keine Brotscheine abgefordert. Die 10prozentige Abgabe von Streckungsmitteln erfolgt in der Weise, daß auf je 9 Sack Brotgetreidemehl nach vorstehender Zuteilung ein Sack als Streckmehl, auf weniger als 9 Sack Brotgetreidemehl die entsprechend geringere Menge Streckmehl zugeteilt wird.

Das Streckmehl muß ich bis auf Weiteres zum Preise von 79,00 Mk. für den Doppelzentner ohne Sack an die Bäcker abgeben.

Die Händler erhalten auf die Brotscheine, gleichviel ob Schrot oder Mehl von Roggen, oder Weizen für jeden schwarzumränderten Brotschein 170 Gramm Getreidemehl.

Dementsprechend müssen sie für 1 Doppelzentner (Sack) verkauften Mehles unter Berücksichtigung eines 3prozentigen Verlustes bei dem Mehl-Kleinverkauf 570 schwarzumränderte Brotscheine abliefern.

Die Händler erhalten selbstverständlich als Ersatz kein Streckmehl.

Altena, den 5. Dezember 1917.

Der Kreisausschuß des Kreises Altena:
Der Vorsitzende: Thomee, Landrat.

Geschäftsbogen
Mitteilungen
Postkarten
Allgemeiner Anzeiger
Buchdruckerei
Halver i. W. Fernruf 42.

Amt Kierspe.

Ware Nr. 8 der Lebensmittelkarte.

Abgabe erfolgt in der Zeit vom 11.—13. Dezember 1917 einschließlich in folgenden Verkaufsstellen:

a) Gemeinde Kierspe.

Lebensmittelkarten Nr.:	Verkaufsstellen:
1—120	M. Markus Kierspe.
121—310	Fritz Clever, Kierspe.
401—540	Aug. Vollmershaus, Kierspe-Bhf.
541—700	G. Becker, Kierspe-Bhf.
701—875	C. Baukloh, Kierspe-Bhf.
1001—1075	Fr. Reininghaus, Grünenbaum.
1101—1175	Ww. Reppel, Felderhof.
1201—1300	J. Klingelhöfer, Kiersperhagen.

Die übrigen Lebensmittelkarten-Inhaber erhalten ihre Ware in den bekannten Geschäften.

b) Gemeinde Rönsahl.

Lebensmittelkarte Nr.:	Verkaufsstellen:
1—185	Fr. Bormann, Rönsahl
201—230	Fr. Wernscheid, Bürhausen.

Jeder Empfangsberechtigte erhält den ihm zustehenden Warenanteil innerhalb der vorbezeichneten Verkaufstage zu beliebiger Zeit. Gedränge in den Verkaufsstellen muß vermieden werden.

Kierspe, den 8. Dezember 1917.

Der Amtmann: J. V. Homrighausen.

Kinderpuppenwagen
in schöner Auswahl
:: :: eingetroffen :: ::
Wilhelm Bell jr., Halver.

Bezug von Spekulatius.

Der Kreis hat Mehl erspart und ist in der Lage, an Weihnachtsgebäck (Spekulatius) einmal eine Brotmarkenfreie Zulage ausgeben zu lassen.

Die Ausgabe erfolgt bei den von den Ortsbehörden bezeichneten Stellen an die Brotmarkenversorgungsberechtigten gegen Vorzeigung der Brotmarkenhülle. Die Verkaufsstellen dürfen für die auf den Brotmarkenhüllen bezeichnete Personenzahl nicht mehr als ¼ Pfund für den Kopf ausgeben. Soweit nicht dafür bestimmte Karten oder Marken ausgegeben oder bestimmt werden, hat der Verkäufer die Abgabe zu bescheinigen, indem er seitwärts am Rande der Brotmarkenhülle links neben der Personenzahl mit Tinte ein kleines Kreuz anbringt. Selbstversorger in Brotgetreide, (die keine Brotmarkenhülle haben,) sind vom Bezuge von Spekulatius ausgeschlossen.

Die Inhaber der Verkaufsstellen, die gegen die Bestimmung dieser Anordnung oder die in Ausführung derselben erlassenen Anordnung der Ortsbehörden verstoßen, werden streng bestraft.

Altena, den 7. Dezember 1917.

Der Kreisausschuß des Kreises Altena:
Der Vorsitzende: Thomee, Landrat.

Verwendung von Zuckerrüben zur Herstellung von Rübensaft (Rübenkraut.)

Der Herr Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat auf Grund des § 2 der Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 (R. G. Bl. S. 914) und des § 2 der Ausführungsbestimmungen dazu vom 18. Oktober 1917 (R. G. Bl. S. 924) für das Betriebsjahr 1917/18 die Verwendung von Zuckerrüben für die Herstellung von Rübensaft (Rübenkraut) für die eigene Wirtschaft des Rüben bauenden Landwirtes genehmigt.

Zuständig für die Erlaubniserteilung bin ich.

Der Antrag auf Erteilung der Erlaubnis muß sofort, spätestens aber bis zum 28. ds. Mts. bei dem zuständigen Bürgermeister oder Amtmann eingereicht werden. Es ist darin die Zahl der Haushaltungsangehörigen sowie der Gutsleute und des Krautpressers, der die Zuckerrüben in Lohn verarbeiten soll, anzugeben.

Nach dem 28 Dezember ds. Js. gestellte Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Altena, den 6. Dezember 1917.

Der Königliche Landrat: Thomee.

Geschäftsbücher empfiehlt **Wilh. Bell jr., Halver.**

Für sofort oder baldmöglichst suchen wir einen tüchtigen und kräftigen
Lageristen
für dauernde Stellung. Militärfreie oder kriegsbeschädigte Personen werden bevorzugt.
Kaiser & Co.,
Elektrotechnische Fabrik,
Schalksmühle.

Wohnung gesucht
3 bis 4 Zimmer evtl. mit Bodenzimmer per sofort oder 1. April zu mieten gesucht.
Von wem sagt die Geschäftsstelle des Allgem. Anz. Halver.

Erhielt eine größere Partie
Einholtaschen
in verschiedenen Größen u. empfehle solche billigst
Wilh. Bell jr.,
Halver.

Viehsalz
stets auf Lager.
C. Zimmermann, Ohl Bez. Cöln.

Wegen dem hohen Aufschlag des Brennmaterials kostet für Selbstversorger der Backlohn á Brot v. 15. ds. Mts. ab 30 Pfg.
Bäcker-Innung
Halver i. W.

Pferdeversicherungs-Gesellschaft

Halver

Die Nachtaxierungstermine sind angesetzt wie folgt:

Am Mittwoch den 12 Dez. vor dem Gasthof „zur Post" für die Bezirke:

Deckinghausen und Glörfeld von 9½—10 Uhr vormittags
Kamscheid von 10—10¼ Uhr
Eichhofen von 10¼—10¾ Uhr
Lausberge von 10¾—11¼ Uhr
Bommert von 11¼—11¾ Uhr
Bergfeld von 11¾—12¼ Uhr
Halver von 1½—2 Uhr nachm.

Am Donnerstag, den 13. Dez. vormittags von 9¾—11½ Uhr für den Bezirk Ehringhausen in Oberbrügge am Bahnhof, nachmittags von 2—3 Uhr für den Bezirk Schalksmühle vor dem Gasthof Müller.

Der Vorstand.